

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

des Abgeordneten **Danny Freymark (CDU)**

vom 22. März 2012 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. März 2012) und **Antwort**

#### **Gibt es Standortschließungen bei der Deutschen Rentenversicherung?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung gibt es in Berlin und wie viele Beratungen werden an den einzelnen Standorten pro Jahr durchgeführt?

Zu 1.: Die Rentenversicherungsträger der Deutschen Rentenversicherung unterhalten in Berlin vier Auskunft- und Beratungsstellen, die im Jahre 2011 folgende Beratungen durchgeführt haben:

- Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg  
(Berlin-Charlottenburg/Knobelsdorffstr.):  
57.716
- Deutsche Rentenversicherung  
Knappschaft-Bahn-See  
(Berlin-Kreuzberg/Wilhelmstr.):  
12.436
- Deutsche Rentenversicherung Bund  
(Berlin-Wilmersdorf/Konstanzer Str.):  
56.809
- Deutsche Rentenversicherung Bund  
(Berlin-Mitte/Wallstr.):  
49.605

Beratungen auf Messen und bei Betriebssprechtagen sowie telefonische Beratungen und schriftliche Beratungen/E-Mails sind hierbei unberücksichtigt geblieben.

2. Inwiefern trifft es zu, dass die Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung am Standort Wallstraße 9 in Berlin Mitte aufgegeben werden soll, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt wird diese Stelle geschlossen?

3. Wie bewertet der Senat die Schließung dieser Beratungsstelle vor dem Hintergrund der starken Inanspruchnahme der Beratungsleistungen an diesem Standort und

wie bzw. an welcher Stelle soll dieses ggf. entstehende Defizit kompensiert werden?

Zu 2. und 3.: Nach Information der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg beabsichtigt die Deutsche Rentenversicherung Bund für Herbst 2013 den Standort Wallstraße 9 in Berlin-Mitte aufzugeben und ihr Beratungsangebot dann ausschließlich auf den Standort Fehrbelliner Platz zu konzentrieren.

Die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales führt lediglich die Rechtsaufsicht über den Regionalträger Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg. Insofern können Maßnahmen der Deutschen Rentenversicherung Bund vom Berliner Senat nicht bewertet werden.

Berlin, den 16. April 2012

In Vertretung  
Michael B ü g e

---

Senatsverwaltung für  
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. April 2012)